

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 58077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Stapelpreis 70 Heller (einschl. 5 Heller Porto)

## Aus dem Inhalt:

Verleumdungsfeldzug der SdP zusammengebrochen

Aktivisten beim böhmischen Landespräsidenten

Der Kampf um eine neue Agrarpolitik

Die kulturelle Zusammenarbeit der Tschechen und Deutschen

17. Jahrgang

Donnerstag, 29. April 1937

Nr. 101

## „Neue Lage in Mitteleuropa“

schreiben die „Times“

London. (Reuter.) Die „Times“ setzen ihren Kommentar über die Benediger Beratungen fort. Der mitteleuropäische Korrespondent der „Times“ schreibt, die durch die Benediger Beratungen und durch den Artikel Gaydas hervorgerufene Erregung habe etwas nachgelassen und es überwiege seit dem zeitlichen Abstände der Ereignisse die Ansicht, daß sich in Mitteleuropa eine neue Lage herausgebildet habe. Es scheint, daß Italien gemeinsam mit Deutschland mit verdoppelten Anstrengungen an der Isolierung der Tschechoslowakei arbeitet. Vor einem Jahr hätte eine solche Entwicklung der Ereignisse eine Panik hervorgerufen, heute befinden sich aber die Nerven in einem besseren Zustande, da die größten Hoffnungen auf die britischen Rüstungen gesetzt werden. Nach der Benediger Konferenz haben die Österreicher, daß man sich bemüht, sie unter einem starken Druck von der Tschechoslowakei fernzuhalten. Nichtsdestoweniger waren sie nicht bestrebt, die nach Prag führenden Fäden zu zerreißen, da für sie aus den Beratungen in Benedig hervorging, daß Italien, obwohl es ihnen nicht mehr die entsprechende Hilfe gegen Angriffe Deutschlands gewähren kann, sie allmählich im Interesse seines Bündnisses mit Deutschland nötig, das restliche gebrechliche Band zu zerreißen. Als sich das Verhalten Italiens gegenüber der österreichischen Regierung zweifelhaft gestaltete, versuchte Österreich seine Beziehungen zur Tschechoslowakei zu verbessern, um in der anderen Hand diesen Fäden seiner Außenpolitik in dem Maße zu halten, daß eines Tages die selbstgewählten Protektoren es verlassen würden. Da sich diese Möglichkeit in erheblichem Maße vergrößert hat, würde die österreichische Regierung ihre Bestrebungen, nach Prag die Tür offen zu haben, nur ungerne auflassen.

## Franco wird weiter unterstützt?

Gerüchte um die Unterredung Mussolini-Göring

Paris. Die Aufmerksamkeit der Blätter wendet sich größtenteils wieder Spanien zu. „Petit Parisien“ verweist darauf, daß Italien zwar dem Gedanken eines Kompromisses im spanischen Bürgerkrieg nicht gewogen, jedoch auch nicht dessen Widerfacher sei. Es scheint, daß Italien die Lage nunmehr nicht neutral beurteile. Demgegenüber meint „Populaire“, daß Italien und Deutschland nicht davon ablassen, militärische, politische und wirtschaftliche Vorteile in Spanien zu erlangen, die natürlich vom Siege Francos abhängig sind. In gleicher Weise behauptet „Coeur“, daß in der Unterredung Mussolini mit Göring beschlossen wurde, Franco mit allen Mitteln zu unterstützen.

## Valencia von zwei Kreuzern bombardiert

Valencia. Dienstag gegen Abend begannen die Kriegsschiffe der Aufständischen „Canaris“ und „Alcares“ die Beschießung von Valencia und seiner Umgebung. Die beiden Schiffe feuerten etwa 60 Schüsse ab. Man rechnet damit, daß fünf Personen getötet und ungefähr 30 verwundet wurden. Als nach diesem Überfall die beiden Schiffe nach Castile abdampften, wurden sie von zwei Bombardierflugzeugen der Regierung verfolgt, die einige Bomben aus einer Höhe von 850 Meter abwarfen. Die Bomben fielen dicht in der Nähe der beiden Schiffe nieder. Die beiden Schiffe überfielen später drei Fischerbojen und brachten zwei von ihnen zum Untergang. Die Besatzung derselben ist aller Wahrscheinlichkeit nach ertrunken.

## Splonagenetz in Madrid aufgedeckt

Madrid. Die Madrider Polizei hat ein neues Spionagenetz aufgedeckt, das von einer in internationalen Kreisen sehr bekannten Frau geleitet wird, aufgedeckt. Sie wurde zusammen mit 19 Personen, größtenteils Angehörige von kirchlichen Orden, verhaftet. Auch einige Priester verhaften den Verbindungsdiener.

## Die Generalprobe für den Zukunftskrieg

### Das Blutbad von Guernica — ein Werk deutscher Flieger

Bilbao. Die erbarmungslose Verwüstung Guernicas, der heiligen Stadt der Basken, durch die Flugzeuge der Aufständischen hat bei allen Basken in ganz Spanien einen glühenden Haß gegen den Aufständischen-General Mola und seine Anhänger hervorgerufen. Die basckischen Behörden beschuldigen die deutschen Flieger, das furchtbare Blutvergießen in Guernica angerichtet zu haben.

Die Flugzeuge der Aufständischen bombardierten und stellten sogar alle in stehende Bauernhöfe im Umkreise von etwa acht Kilometer um die Stadt Guernica in Brand und beschossen sogar die Herden mit Maschinengewehren. Das Kloster der Hl. Klara, welches als Krankenhaus in Verwendung stand, wurde von den Fliegern vollständig vernichtet. Viele Personen sind in dem Kloster umgekommen. Auch andere kleinere Krankenhäuser wurden vollständig vernichtet, wobei 43 Patienten getötet wurden. Die Flugzeuge der Aufständischen griffen die Stadt Guernica gerade am Markttag an, an dem zahlreiche Basken mit ihren Waren zur Stadt gekommen waren.

Der Reuter-Korrespondent fügt hinzu: Auf der Straße fand ich eine nicht explodierte Brandbombe, welche 800 Gramm wiegt und mit dem deutschen Reichsadler gekennzeichnet ist. Die Stadt Guernica wurde weder militärisch verteidigt noch befanden sich Flugzeugabwehrgeschütze oder Flugzeuge in der Stadt. Die

ganze Stadt gleicht einem Trümmerhaufen. Die Häuser, die von dem Verderben verschont blieben, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen.

Es ist bisher nicht möglich, die genaue Zahl der Opfer des Fliegerangriffes, die unter den Trümmern begraben sind, sicherzustellen. Zahlreiche Leichen konnten deshalb nicht geborgen werden, weil Hunderte von Bauten durch Feuer vernichtet wurden. Ein junges neuvermähltes Ehepaar wurde auf dem mit Blumen geschmückten Ehebett vom Tode überrascht. Einige Leichen, die bereits aus den Trümmern gezogen wurden, sind schrecklich verstümmelt.

Tausende Bewohner von Guernica, die obdachlos geworden sind, übersiedelten nach der Evakuierung der Stadt nach Bilbao, wo auch die Bewohner der Provinz Guernica Zuflucht gesucht haben. Einige dieser Flüchtlinge erzählen, daß die deutschen Flugzeuge auch Frauen, die auf den Feldern arbeiteten, beschossen und viele von ihnen getötet haben.

## Empörung in England

London. Die „Times“ schreiben über den Angriff der Franco-Flugzeuge gegen Guernica, daß diese Tat in der Kriegsgeschichte nicht ihresgleichen habe. Der Angriff hatte offensichtlich keine strategische Bedeutung. Die einzige Verteidigung gegen diesen Angriff, schreibt das Blatt, waren die Geistlichen, die den Segen für die fliehenden Menschenmassen erteilten. „Daily Express“ schreibt: Wir haben immer Neutralität empfohlen, es gibt jedoch Angelegenheiten, die jede Grenze überschreiten und einen Protest geradezu provozieren. Die Bevölkerung von Guernica war nicht bewaffnet, hat keine Kirchen zerstört, keine Priester getötet und auch die Kirche nicht beschädigt.

Ähnlich schreibt „News Chronicle“, daß es für die Bombardierung Guernicas keine Entschuldigung gebe, denn sie sei militärisch absolut nicht begründet gewesen.

## „Ein Verbrechen an der Menschheit“

London. Der Zentralrat des Kongresses der Gewerkschaftsorganisationen und der nationale Volksgesundheitsrat der Labour Party genehmigten eine Resolution, in der es heißt:

Das Leiden des spanischen Volkes erreichte den Höhepunkt der Schrecken nach der von den aufständischen Generalen angeordneten verbrecherischen Bombardierung. Die britische Arbeiterpartei bezeichnet das schreckliche Verbrechen, das an der schuldlosen basckischen Stadt begangen wurde, als unbegründete und militärisch nicht entschulzbare Tat und als Verbrechen und Verleumdung der Menschheit und Verletzung der Grundzüge der Zivilisation.

## Durango geräumt

Bilbao. Mittwoch vormittags kam es in den Straßen der Stadt Durango, die sich nun ständig in den Händen der Basken befindet, zu heftigen Kämpfen. Die Basken rückten gegen die Aufständischen an, um deren Vormarsch aufzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen. Im Küstenabschnitt Requita zogen sich die Basken kampfslos in die zweite Verteidigungslinie zurück. Das Kommando der Basken erklärt, daß die Aufständischen bei den letzten Kämpfen keinen einzigen Milizionär gefangen nehmen und kein einziges Geschütz erbeuten konnten.

Nach den letzten Meldungen haben die basckischen Truppen Durango Mittwoch um 18 Uhr verlassen. Nachrichten aus basckischen Kreisen

Die Resolution fordert die britische Regierung auf, sich dafür einzusetzen, daß durch Vermittlung des Völkerbundes der Frage der Bombardierung offener Städte in Kriegszeiten geprüfelt werde.

## Wird die Regierung eingreifen?

London. (Reuter.) Außenminister Eden erklärte in Verantwortung einer Anfrage über die Bombardierung der Stadt Guernica, die britische Regierung habe die Absicht, daß in Spanien die Zivilbevölkerung bombardiert wird, möge wer immer und wo immer dafür verantwortlich sein. Die britische Regierung werde weiter prüfen, ob es möglich ist, durch andere Maßnahmen als die bisher angewendeten eine Wiederholung derartiger verurteilungswürdiger Ereignisse zu verhindern.

Minister Eden erklärte weiter, daß die Behörden der Aufständischen in Salamanca dem britischen Botschafter in Sendung die Beschießung übermittelten, daß sie Giftgas als Kriegsmittel nie verwendet haben und auch nicht zu verwenden beabsichtigen. Auch die spanische Regierung habe versichert, daß sie Giftgas nie anzuwenden beabsichtige.

London. Der Sondergesandte General Francos protestierte persönlich beim britischen Botschafter in Sendung dagegen, daß britische Schiffe die Schuttbekleidung von Kriegsschiffen in Anspruch nehmen, und dagegen, daß der britische Torpedobootzerstörer „Firebra“ sich am 23. April in die Dreimeilenzone der spanischen Küste begeben habe. Die britischen Behörden haben diese Behauptungen zurückgewiesen.

zufolge sind die basckischen Truppen mit dem gesamten Kriegsmaterial und den Vorräten aus der Stadt gezogen und hatten beim Rückzug heftige Verluste aufzuweisen.

## Madrid ständig unter Feuer

Valencia. Das Kommando des Kriegsministeriums teilt mit: Die Artillerie der Aufständischen bombardiert ständig Madrid. Bei Teruel haben die republikanischen Truppen die obersten Positionen gesichert. Nordarmee: Bei Zugladi geht der Kampf weiter. Auch bei Guipuzcoa kämpfen die Regierungstruppen heftig. In der asturischen Front wurde ein Angriff der Aufständischen bei Rebolada abgewiesen, wobei der Feind große Verluste erlitt. Regierungsartillerie beschießt wirksam die Positionen der Aufständischen bei Berzoga.

## Rettung des Volkstums durch bedrucktes Papier

Getreu ihrem Grundsatz, zu handeln, wo die anderen nur geredet haben, hat die Sudeten-deutsche Partei nunmehr den Schutz des deutschen Volkes in der Tschechoslowakischen Republik verwirklicht indem sie dem Abgeordnetenhaus sechs Gesetzentwürfe überreicht hat. Es dürfte der bestlesten Öffentlichkeit nicht entgangen sein, daß auch andere Parteien in ihrer parlamentarischen Tätigkeit schon Gesetzesanträge eingebracht haben, auch umfangreiche, auch inhaltlich bedeutungsvolle, die nicht selten gründlicher durchdacht waren, ohne daß jemals davon soviel Aufhebens gemacht worden wäre, wie von den sechs Anträgen der Sudeten-deutschen Partei. Es wird sich also niemand durch das Gedröhne der Reklametrumpeln täuschen lassen, die ein welterschütterndes Ereignis daraus machen möchten, wenn eine Tat vollbracht wird, zu der nichts anderes gehört, als die Beilegung von 21 Unterschriften. Denn es kommt auf die bloße Einbringung von Anträgen keineswegs an, sondern einzig und allein auf die politische Kraft, die hinter ihnen steht.

Selbst wenn es also der Partei, die über den größten Parteiapparat im Lande verfügt, mit ihrem Stab von juristischen Mitarbeitern aus den Reihen der ihr dienstbaren Universitätsprofessoren und sonstigen intellektuellen gelungen wäre, der Öffentlichkeit eine Reihe von Entwürfen zu unterbreiten, die sich als juristische Arbeiten sehen lassen können, so wäre damit noch kein „Sudeten-deutsches Wunder“ vollbracht. Aber nicht einmal diese Anerkennung kann den Anträgen ausstehen werden. Denn welche geistige Leistung soll es schon sein, wenn der alte Gedanke des nationalen Katasters unter reichlicher und eingestandener Beihilfe der geltenden Vorschriften über die Volkszählung in 25 Paragraphen ausgearbeitet wird, oder wenn zu den Verfassungsbestimmungen über die Gleichheit der Staatsbürger ein Durchführungsgesetz gedichtet wird, wonach die Beamten verpflichtet sind, diesen Grundsatz einzuhalten? Welch grundlegende Reform ist es, wenn das Gesetz über das Verfassungsgericht durch eine Bestimmung ergänzt werden soll, die einer neuen Institution das Magerrecht gewährt? Zu einem Gesetz über die Haftung des Staates für die Schäden, die durch pflichtwidrige Ausübung des Amtes seiner Organe verursacht werden, liegt bereits soviel Material, soviel Muster in fremder Gesetzgebung und im geltenden Gesetze über die Haftung der Richter vor, daß es für die Verwaltungsjuristen der Sudeten-deutschen Partei wahrhaftig kein Ehrenzeugnis bedeutet, wenn sie in einem paar Paragraphen eine lächerliche Regelung dieses Gegenstandes zusammengestoppelt haben.

Eine gesetzgeberische Leistung wäre es gewesen, zu den Bestimmungen der Verfassung, welche die Entnationalisierung unterjagen, ein wirkliches Durchführungsgesetz auszuarbeiten, das die juristisch schwer erfahrbaren Tatbestände der Entnationalisierung in klaren Begriffsbestimmungen herausarbeitet. Eine eingehende juristische Kritik könnte nahezu an jedem Paragraphen erweisen, daß auch dieser Versuch mißlungen ist. Für die Zwecke unserer allgemeinen Betrachtung genügt es, die humoristische Bestimmung hervorzuheben, die denjenigen mit Strafe bedroht, der einen Staatsbürger durch Drohungen oder Verlockungen veranlaßt, „dauernd oder zeitweise sich zu einer anderen Nationalität zu bekennen“, eine umso humoristischere Bestimmung, als das gleichzeitige beantragte Katastergesetz das nationale Bewusstsein nicht nur schließt, sondern überdies unerbäulich machen will. Oder was stellen sich die Herren angehts der Situation im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe, etwa in einer Fabrik mit Hunderten Arbeitern, unter einem Arbeitsplan vor, der seit wenigstens zwanzig Jahren zum gleichen nationalen Bestand gehört? Hier wird die Sache allerdings ernst, nicht ernst, indem der Entwurf seine Strafdrohungen nur gegen diejenigen richtet, die einen Arbeitgeber durch Drohungen oder Verlockungen bestimmen, Arbeitnehmer einer anderen nationalen Zugehörigkeit aufzunehmen, wobei in betont sozialer Einstellung vor allem die Gewerbeinspektoren mit Strafen bedroht werden, während die Arbeitgeber selbst straflos bleiben sollen. Die Tschechisierung ganzer Städte, wie sie von so hundertbüchigen deutschen Fabrikanten vielfach vollge-







# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Preissteigerung und Löhne

Die gemeinsame Landeszentrale der freien Gewerkschaften befahte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit dem ständigen Steigen der Preise, insbesondere der industriellen Rohstoffe und der Halbfabrikate. Der Preisanstieg wird aber auch schon deutlich in den Lebensmittelpreisen fühlbar. Die bisherigen Vorkehrungen, die gegen die unbegründeten Verteuerungen ergriffen wurden, erwiesen sich als nicht wirksam, besonders soweit es sich um Preise handelt, die

vom internationalen Markt abhängen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß der Preisanstieg unweigerlich zu einer Hebung der Löhne und Gehälter führen muß. Keineswegs darf zugelassen werden, daß die Unternehmergewinne größer werden, ohne daß die Beschäftigten einen gerechten Anteil daran erhalten. Die gerechtere Verteilung des Einkommens ist übrigens eine der Bedingungen eines weiteren Steigens des Verbrauches und damit auch der Beschäftigung.

## Der Kampf um eine neue Agrarpolitik

Aus Kleinbauernkreisen wird uns geschrieben: In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen eines immer größer werdenden Unwillens gegen die Bestrebungen der tschechischen Agrarier, ihre staatlichen Machtpositionen auf allen Gebieten zu einer immer weiterreichenden Vorherrschaft im Staate auszunutzen. Durch die tschechische Presse, nicht nur der oppositionellen, sondern auch der regierungstreuen, geht ein bedeutendes Aufblättern eines verschärften politischen Kampfes. Während sich hierbei die tschechisch-amerikanischen Wäcker, dann die nationalsozialistischen und die sozialdemokratischen. Aber auch die tschechischen Kleinbauernverbände aller Richtungen stehen in verschärfter Opposition. Der tschechisch-nationalsozialistische Verband und die tschechisch-sozialdemokratischen Verbände haben je eine große Unterchristenaktion durchgeführt, wobei sich Hunderttausende von Landbewohnern gegen die Politik der tschechischen Agrarier ausgesprochen und eine neue Bodenreform gefordert haben. Besonders bemerkenswert aber ist das Vorbringen der tschechischen Agrarier am Lande, die einzelne Gebiete ganz oder teilweise in der letzten Zeit eroberten. In der tschechisch-agrarischen Presse wird deutlich die Angst sichtbar, daß die Agrarier aus der Regierung gedrängt werden könnten. Nun ist es damit wohl noch nicht so weit, denn die Mentalität innerhalb tschechischer politischer Kreise wird von der stillen Annahme beeinflusst, daß im Interesse des Staates die Teilnahme der Agrarier an der Regierung unbedingt notwendig sei. Immerhin aber beginnt eine ernsthaftige Abwehr gegen die tschechisch-agrarischen Bestrebungen, alle Machtpositionen und alle Gesetze zu ihrem Parteeivorteil auszunutzen.

Inerklärlich bleibt für jeden politischen Beobachter die bisher geübte Langmut hinsichtlich des innen- und außenpolitischen Treibens einiger Faktoren der tschechischen Agrarpartei. Im Inlande hat man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür gesorgt, daß der sudeten-deutsche Faschismus geheißen und groß werden konnte. Aber auch die Reisen gewisser tschechischer Agrarier ins Ausland zu den Todfeinden unseres Staates, sind doch kein Geheimnis geblieben. All das mag zusammen gewirkt haben, um eine verstärkte Opposition gegen das Treiben gewisser tschechischer agrarischer Kreise wachzurufen, denn es ist unbestreitbar, daß das Ansehen des Staates dadurch keineswegs gefördert worden ist. Aber in den Artikeln, die jetzt in der tschechischen Presse gegen die Agrarpartei von Stapel gehen, findet man leider noch immer nicht den richtigen Ton. Man legt, so scheint es, wenig Gewicht darauf, zu den Kleinbauern und Häuslern, also zu jenen Kreisen zu sprechen, die man in erster Linie als Verbündete gegen die Agrarier gewinnen muß, weil sie die am meisten Geschädigten einer unheilvollen Agrarpolitik sind. Und man hört auch sehr wenig über die außenpolitische Rolle einzelner Stoupaal-Faktoren. Man beschränkt sich größtenteils darauf, gegen die ungebührliche Machtposition der Agrarier Sturm zu laufen und sicherlich wäre schon viel damit geschehen, wenn hier eine Eindämmung des tschechisch-agrarischen Einflusses auf die wirtschaftspolitische Gestaltung unseres Staates zustande käme. Man möge aber nicht vergessen, daß man der Politik der tschechischen Agrarier eine wohl begründete und gut durchdachte Agrarpolitik, die die Interessen der Klein- und Mittelbauern hervorhebt, entgegenstellen muß. Es besteht die



**So wie heuer**  
haben Sie sich gewiss noch nie auf den 1. Mai gefreut,

wo doch zugleich der zweite Mai ein Sonntag ist, also wieder ein Tag, um hinaus in die erblühte Natur zu wandern — freilich in eleganter Frühjahrskleidung von uns.  
Wir haben für Sie Anzüge vorbereitet — für jede Figur, für jeden Geschmack und für jede Geldbörse.  
Unsere Damen überraschen wir mit der grossen Mode des heurigen Frühjahrs: Glockenmäntel. Vor dem Spiegel in unserer Verkaufsstelle probieren Sie in aller Ruhe einen Mantel nach dem andern, bis Sie den finden, der Ihnen am besten gefällt.  
Herren kommen heuer besonders auf ihre Rechnung, ob sie schon etwas Elegantes für die Stadt oder etwas Sportliches suchen. Werten Sie nicht mit dem Einkauf bis zum letzten Augenblick. Vor allen Feiertagen ist in unseren Verkaufsstellen immer viel Arbeit und können wir Ihnen dann nicht die Sorgfalt widmen, wie gerade jetzt.  
Deshalb besuchen Sie uns, bitte, möglichst bald, damit Sie Ihre Feiertage freudig in unserer eleganten, handgenähten und vor allem billigen Kleidung genießen können.

# Jevođev

Verkaufsstellen: Prag I., Uhelny trh 10, I. Stock  
Žizkov, Husova třída 41

Hoffnung, daß der Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten in dieser Hinsicht führend vorangehen und grundsätzliche Richtlinien für eine neue Landwirtschaftspolitik erarbeiten und beschließen wird. Es scheint uns aber auch notwendig, daß von deutscher Seite dem Agrarproblem mehr Augenmerk zugewendet wird, als dies bisher der Fall war, denn unser Staat ist zum überwiegenden Teil ein Bauerland, in dem die Kleinbauern und Häusler zahlenmäßig die Dreiviertel-Mehrheit haben. Der größte Teil der Landbevölkerung ist mit der bisher geübten Agrarpolitik nicht einverstanden und opponiert dagegen. Will man daher diesen Bevölkerungsteil in der Demokratie des Staates besser verankern, dann muß eine gesunde, demokratische Agrarpolitik auf allen Gebieten den Boden dafür vorbereiten und den Kampf für die Ausmerzung aller Schädlichen mit aller Energie geführt werden. Ein Erfolg in dieser Richtung bedeutet gleichzeitig auch eine Festigung des Staates. Er kann aber von der politischen Linksgруппierung nur gewonnen werden, wenn man weiß, was man in agrarpolitischer Richtung will.

tionierung, Erhöhung der Preise für Roggen und Kartoffeln, alles das trifft in seinen Vorteilen zuerst den Großgrundbesitz. Den Kleinen werden Bröckchen geboten. Auch der Erbhofbauer soll künftig Kredite erhalten können, und da sie ihm von den privaten Geldgebern verweigert werden, will der Staat sie vorstrecken. Man verbilligt die Düngemittel und vergibt die viel wichtigeren Futtermittelpreise. Man schreibt den Bauern die Verwässerung des Bodens vor und führt die „Dof-larte“ ein, die den Bauer vollkommen in die Gewalt des Staates gibt. Die Landarbeiter aber erhalten nicht einmal den Anchein eines Stückchens Ruderbrot, sondern nur die Peitsche. Ihre Freizügigkeit verschwindet nunmehr vollkommen. Der Landarbeiter wird Sklave, und, wie Göring es formuliert, „jede Ausweichung vor seiner Pflicht ist ein Ausweichen vor der Verantwortung gegenüber der gesamten Volkswirtschaft und wird so geübert und behandelt werden.“ Was der Vierjahresplan zum Teil den Metallarbeitern brachte, die Rettung an den Arbeitgeber ohne Rücksicht auf die eigenen Wünsche, das ist den Landarbeitern nunmehr in einem unerhörten Umfange aufgebaut worden. Göring rechnet mit einem großen wirtschaftlichen Erfolg. Aber in den bäuerlichen Kreisen ist man überzeugt, daß die Maßnahmen irrtümlich, die Hoffnungen der Regierung falsch sind. Auf dem Gebiet der Viehzucht können sich die Verhältnisse nur verschlechtern. Aber politisch verliert das System die letzten Sympathien. Best vermag man also nicht einmal mehr die Opposition der städtischen Arbeiter durch die Gefolgschaft des flachen Landes in Schach zu halten. In den Dörfern studieren die Bauern die Verordnungen. Wenn Gedanken tönen könnten, lebte Göring nicht mehr.

**Der Reise- und Wäckerverkehr mit Oesterreich.**  
Dieser Tage weist die österreichische Delegation, an deren Spitze Ministerialrat Ing. Deinklein stand, in Prag, um einige Fragen des gegenseitigen Reise- und Wäckerverkehrs während der Sommer- und Herbstsaison durchzubearbeiten. Diese Verhandlungen wurden Mittwoch durch den Austausch von Noten beendet. Die neue Regelung verfolgt das Ziel, den gegenseitigen Reiseverkehr in der kommenden Saison zu beleben. Die Zuteilung der Beiträge wurde im Hinblick auf den regen Reiseverkehr in den Sommermonaten entsprechend erhöht.

## Keine Gefahr für Frankreichs Finanzen

Paris. Finanzminister Vincent Auriol erstattete im Finanzausschuß der Kammer ein ausführliches Exposé über die Finanzlage Frankreichs und die Lage der Staatskasse. Der Minister zeigte an Hand von statistischen Grundlagen auf, daß die verschiedenen Gerüchte über eine bedrohliche Lage der Staatskasse unbegründet sind. Er betonte neuerdings die Verpflichtung der Regierung, die bedachtsame Finanzpolitik fortzusetzen. Der Minister hob hervor, daß sich die wirtschaftliche Lage gebessert hat, und sprach die feste Erwartung aus, daß sie sich im Laufe des heurigen Jahres noch weiter bessern wird. Die Finanzlage kann also ohne Pessimismus und ohne Befürchtungen betrachtet werden. Die Regierung werde nicht zugeben, sagte der Finanzminister, daß neue große staatliche Ausgaben vorgenommen werden, und werde auch keiner langfristigen Anleihe, namentlich auch nicht der Zehnmilliardenanleihe für öffentliche Arbeiten, zustimmen. Der Minister für Volkswirtschaft wird mit den zuständigen Ressorts die Frage der Arbeitslosigkeit durch andere Wege einer Lösung zuführen.

Großbritannien, die noch vor wenigen Jahren stark verschuldet war und deshalb reorganisiert wurde, weist für das Jahr 1936/37 Ueberschüsse in der Gesamthöhe von 17,250.000 Pfund auf (wogu der verbesserte Beschäftigungsgrad im vergangenen Jahre und nunmehr auch in diesem Jahr nicht wenig beiträgt). Ueber die Verwendung des Geldes besteht noch keine Einigkeit. Die Gewerkschaften machten folgende Vorschläge: Abschaffung der Wartzeit zwischen zwei Unterstützungsperioden, allgemeine Heraushebung der Unterstützungen, Verlängerung der gegenwärtigen Unterstützungsperiode über die nunmehr üblichen 26 Wochen hinaus. Das Regierungskomitee schlägt die Herabsetzung der Wartzeit von sechs auf drei Tage und zusätzliche Unterstützung über 26 Wochen hinaus in gewissen Fällen vor (z. B. dann, wenn ein Arbeiter fünf Jahre ununterbrochen Beiträge gezahlt hat, ohne Unterstützung zu beziehen).

## Ausland

### Die Unzufriedenheit der Bauern im Dritten Reich

(AP) Die Rede Görings vor den Beamten des Reichsnährstandes war im Grunde nichts anderes als die gesetzliche Sanktionierung aller jener Schikanen, denen die Bauern in den letzten Monaten ausgesetzt waren und gegen die sie sich zu wehren versuchten, so gut es ging. Was die eine Hand gibt, nimmt die andere. Man verspricht Kredite des Staates, deren Verteilung in den Händen der Nationalsozialisten liegt, und stellt zugleich alle Landwirte unter die Kontrolle des Staates, der die Bauern drangsalieren und bis zur Enteignung bringen kann, je nach dem, wie es den Bauernführern gefällt. Für unwillkürliche Versprechungen gibt es also eine sehr reale politische und wirtschaftliche Unterdrückung. Best erfi haben die Bauernführer die entscheidende Waffe gegen die Opposition in der Hand. Wer künftig gegen den Stachel lödt, bekommt die Zuchtstrafe zu spüren. Der Bauer hat mit den letzten Verordnungen Görings aufgehört, die freie Verfügung über seine Scholle zu besitzen. Wie immer im Dritten Reich liegt neben dem Ruderbrot die Peitsche. Und wie immer ist die Peitsche nicht für die Großen, sondern für die Kleinen gedacht, während es mit dem Ruderbrot umgekehrt ist. Ein paar hundert Millionen Mark stellt das Reich für Kreditzwecke der Landwirtschaft zur Verfügung. Wer wird sie erhalten? Der Verwendungszweck sagt es deutlich: der Großgrundbesitz. Denn Re-

**Der französische Katholizismus.** (AP) Der französische Katholizismus, der in der letzten Zeit in Frankreich aus manderlei Gründen mehr in den Vordergrund des Interesses und der Aufmerksamkeit gerückt ist, offenbart in sich in besonderem Maße die Merkmale der Differenzierung des katholischen Lagers, die auch in anderen Ländern wahrnehmbar sind. Der französische Katholizismus hat sowohl nach links wie nach rechts Anlehnung gesucht, nach links durch den „Sillon“, Marc Sangnier's, Rauberts und Lemires, nach rechts durch die von Maurras und Léon Daudet geleitete „Action Française“. Beide Aktionen sind von kirchlicher Seite verurteilt worden, mit der Begründung, daß die religiösen Gesichtspunkte den politischen nicht nur untergeordnet, sondern geopfert wurden. Die Führer des „Sillon“ haben sich darauf unterworfen, während die Action Française im Widerspruch verharrte und damit geradezu eine Parallele zu den Erdiselungen des heutigen Deutschland, eines Antiklerikalismus von rechts, bieten. Inzwischen ist der französische Linkskatholizismus, diesmal in weniger extremistischem Gewande, in den Kreisen um „Sept“, „Die intellektuelle“ und „Espit“ wiedererstanden. Diese Kreise verfidern, sie seien nicht überzeugt davon, daß die Sache der Kirche am besten bei Industriellen und Generalen aufgehoben sei und daß die Meuterei in Spanien einen „Kreuzzug“ darstelle, sie seien dagegen, daß man in Frankreich, anstatt vorsichtig mit einer Vorkriegsregierung zusammenzuarbeiten, ein Bündnis mit dem Oberst de la Rocque schließe. Natürlicher sind ihre Gegner schnell bei der Hand, sie kommunistischer Reigungen zu beschichtigen. Mit Recht ist von solchen Wätern wie dem „Christlichen Ständestaat“ darauf hingewiesen worden, daß hier die Religion wieder einmal wie so oft als — Wandfahrm benutzt werde. Man sagt „christlich“ und meint ganz andere Dinge. Denn diese „Antiker“ fühlen sich bei der exkommunizierten Action Française viel wohler, und es ist nicht schwer zu sagen, warum. Diese Linksgroupe, die sich für einen nicht religionsfeindlichen Neosozialismus einsetzt und gegen jeglichen Nationalismus wendet, ist gerade heute der Beachtung wert.

Man erhält für	Kc
100 Reichsmark . . . . .	740.50
100 Reichsmünzen . . . . .	777.—
100 österreichische Schillinge . . . . .	538.50
100 rumänische Lei . . . . .	18.85
100 polnische Zloty . . . . .	549.50
100 ungarische Pengö . . . . .	613.50
100 Schweizer Franken . . . . .	657.50
100 französische Francs . . . . .	129.70
1 englischer Pfund . . . . .	141.75
1 amerikanischer Dollar . . . . .	28.65
100 italienische Lire . . . . .	145.40
100 holländische Gulden . . . . .	1573.—
100 jugoslawische Dinare . . . . .	65.55
100 Belgas . . . . .	485.50
100 dänische Kronen . . . . .	612.50
100 schwedische Kronen . . . . .	730.—

**Tschechoslowakei** fünfgrößter Wollgarnlieferant der Welt. Der Welthandel in Wollgarnen hat in den letzten Jahren starke Verschiebungen erfahren. Während Frankreich 1931 noch größtes Ausfuhrland gewesen ist, ist es 1936 mit 8973 (i. V. 10.464) Tonnen an die vierte Stelle zurückgedrängt worden. Den ersten Platz nimmt heute England mit 16.852 (i. V. 17.528) Tonnen ein, gefolgt von Deutschland mit 7948 (i. V. 4849) Tonnen und Belgien mit 7804 (6051) Tonnen. Die Tschechoslowakei ist an fünfter Stelle; im verfloffenen Jahre exportierte sie 6205 Tonnen Wollgarne, gegen 5409 im Jahre 1935.  
**Ueberschüsse der Arbeitslosenversicherung in Großbritannien.** Die Arbeitslosenversicherung in

